

[Faksimile]

© **Tages-Anzeiger**; 2003-04-29; Seite 8

Inland

E-Mail-Überwachung: Löchrig, dafür teuer

Seit dem 1. April müssen die Internetprovider den E-Mail-Verkehr ihrer Kunden speichern. Das kostet sie Millionen. Und bringt nicht viel.

Von Peter Hug

Der Schwyzer Ständerat Bruno Frick will nicht in ein falsches Licht geraten. «Wo ein Verdacht besteht, da gibt es kein Pardon, da soll auch überwacht werden.» Das hat er im März im Ständerat betont, und das wiederholt er auch jetzt. Doch er sei ebenso klar gegen «Polizeistaatsmassnahmen». Der Einsiedler Anwalt und Notar meint damit die Kontrolle des ganzen E-Mail-Verkehrs. Seit dem 1. April müssen die Internetprovider in der Lage sein, die Daten aller Mails während sechs Monaten zu speichern, damit sie für die Ermittler auflisten können, wer wann wem ein Mail geschickt hat. Der Provider muss auch sagen können, wer welche Seite auf dem Internet besucht hat.

«Orwell made in Switzerland»

Für Bruno Frick ist das nichts anders als «George Orwell made in Switzerland». Die Registrierung der Absender und Empfänger von E-Mails sei unsinnig. Sie könne leicht umgangen werden und bringe so wenig für die Verbrechensbekämpfung, wie wenn die Post von allen Couverts Kopien machen und aufbewahren müsste. Fricks Auftritt im Ständerat erinnerte an die Kritik, die einst Linke am Schnüffelstaat übten. Was aber hat den klar bürgerlich positionierten CVP-Politiker dazu gebracht, sich als Kritiker staatlicher Überwachung zu profilieren? Freimütig erzählt er, wie ihm im Militärdienst ein Kollege geklagt habe, was für unverhältnismässige Investitionen und Betriebskosten der Staat von den Providern verlangt. Bei einem kleinen Provider können diese bis 40 Prozent des Umsatzes ausmachen. Tatsächlich sieht das Gesetz vor, dass die Anbieter die nötigen Einrichtungen selber bezahlen müssen. Sie erhalten nur für allfällige Überwachungsaufträge eine «angemessene Entschädigung». 750 Franken gibt es für die Information über den E-Mail-Verkehr der letzten Monate. Sunrise musste jedoch für das Speichern der Mails eine Million Franken investieren. Dazu kommen, wie Unternehmenssprecherin Monica Walser sagt, jährlich wiederkehrende Kosten von 200 000 Franken.

Gemessen an ihrem Umsatz müssen kleinere Provider noch weit tiefer in ihre Taschen greifen. Die MIT Provider AG in Wollerau (mitprovider.ch) hat einige Hundert Kunden, fast ausschliesslich Firmen. Peter Meyer erzählt, was die Kontrolle der E-Mails für sein Unternehmen bedeutet: Zuerst musste die nötige Speicherkapazität für die Archivierung der Mails geschaffen werden. Das allein verursacht Kosten gegen 40 000 Franken. Für Unterhalt und Wartung rechnet er zusätzlich mit einer Stunde Arbeit pro Tag. Dazu kommt die Verfügbarkeit rund um die Uhr, falls die Behörden plötzlich die neuen Mails mitlesen wollen. Tagsüber muss der Provider innert ein bis zwei Stunden reagieren können, ausserhalb der Arbeitszeit bleiben ihm fünf Stunden.

Kontrolle leicht zu umgehen

Um dieses so genannte Monitoring durch geeignetes Personal sicherzustellen, hat Meyer Offerten eingeholt. Verlangt wurden Preise zwischen 1500 und 6500 Franken pro Monat. Kein Wunder, dass bei solchen Beträgen einige kleinere Provider bereits aufgeben mussten.

Die von den Schweizer Providern verlangten Investitionen stossen vielen sauer auf, weil sie einen Wettbewerbsnachteil schaffen. Ausländische Konkurrenten können sich diesen Aufwand ersparen. Haben sie keine Geschäftsstelle in der Schweiz, werden sie nicht vom Gesetz erfasst. Das macht es auch so leicht, die Überwachung zu umgehen. Wer einen Mail-Server wie Hotmail oder GMX benutzt, kann von den Kontrolleuren unbehelligt mailen und surfen. Ganz abgesehen davon, dass immer mehr Mails verschlüsselt werden. Auch E-Mail-Systeme von Firmen werden nicht überwacht. Und wer will, kann mit zwei bis drei Stunden Arbeit einen eigenen Mail-Server einrichten, wie Peter Meyer sagt: «Alles, was man daheim mit ADSL machen kann, ist nicht meldepflichtig.»

So viel Aufwand für eine Überwachung zu betreiben, die so leicht umgangen werden kann, ärgert Meyer. «Offensichtlich geht man noch immer davon aus, dass die Bösen auch die Dummen sind», bringt er seine Kritik auf den Punkt.

Für Bruno Frick ist die Sache mit der Antwort des Bundesrates auf seine Interpellation nicht erledigt. «Wir müssen das machen - fertig!», hatte Moritz Leuenberger ihm im Ständerat entgegengehalten. Nur wenn die Daten über den Mail-Verkehr aufbewahrt würden, hätten die Strafverfolger eine Chance, nachträglich noch an diese Informationen heranzukommen. Der von den Providern verlangte Aufwand sei ohne weiteres verkraftbar, meinte der Bundesrat. Schliesslich müssten sie die Verkehrsdaten ohnehin speichern, um der Kundschaft Rechnung zu stellen. Das trifft jedoch nicht zu. Anders als beim Telefon stellt kein Provider Rechnung nach der Zahl der versandten oder eingegangenen Mails.

In Österreich verfassungswidrig

Jetzt überlegt sich Frick, wie er weiter vorgehen will. Möglich wäre, das Thema in die Geschäftsprüfungskommission zu tragen, oder mit einem Vorstoss eine Gesetzesänderung zu verlangen. Auftrieb dürfte den Kritikern ein Urteil des österreichischen Verfassungsgerichtshofes vom 27. Februar geben. Auch in Österreich hatte das Gesetz von den Telecomunternehmen verlangt, die zur Überwachung nötigen Einrichtungen selber zu bezahlen. Jetzt hat das Gericht den Unternehmen Recht gegeben und diese Vorschrift als verfassungswidrig aufgehoben.

Die Überwachung des Fernmeldeverkehrs sei Sache des Staates, hält das Urteil fest. Wenn der Staat trotzdem Kosten auf Private überwälzt, muss er zumindest den Grundsatz der Verhältnismässigkeit respektieren. Es dürfen von den Unternehmen nicht immer neue Ausgaben erwartet werden, um die Infrastruktur den Wünschen der Überwacher anzupassen: «Budgetäre Gründe allein sind noch kein Grund für eine solche Kostenregelung.»

«Wenn ich schon einen Mega-Speicher zur E-Mail-Überwachung installieren muss, will ich wenigstens zeigen, was ich davon halte!»